

# Swisscom ... ...auch das noch !

**Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil**

**Wussten Sie, dass ...**

- **Swisscom** mit Finanzakrobatik in Höhe von CHF 5,3 Mrd. zwischen 1996 bis 2002 Teile der Festnetz- und Mobilfunknetzanlagen mit sogenannten Crossborder-Tax-Lease-Vereinbarungen bereits an amerikanische Trusts verkauft und über eine Laufzeit von 30 Jahren wieder zurückgeleast hat. Gemäss Geschäftsbericht 2005 (Seite 161) werden von dieser Transaktion CHF 3'785 Mio. nicht in der Bilanz ausgewiesen. Gemäss Prof. Boemle, einem anerkannten Schweizer Finanzexperten, nützen die an solchen Geschäften Beteiligten ein Steuerschlupfloch in den USA aus. Damit ein solcher Vertrag für beide Parteien interessant ist, geben die US-Unternehmen einen Teil ihrer Steuerersparnisse an ihre Partner weiter. So bestätigte Swisscom-Sprecher Sepp Huber im Dezember 2005, dass „mit den Transaktionen ein Finanzerfolg von rund CHF 350 Mio. erzielt wurde, der im Jahr des Geschäftsabschlusses erfolgswirksam gebucht wurde“. Gerade weil aus diesem Geschäft dank Steuertricks ein derart hoher Ertrag resultierte, muss man sich fragen, ob es sich für einen staatsbeherrschten Vorbildkonzern wie die Swisscom geziemt, den amerikanischen Fiskus in diesem Ausmass zu schädigen. Es erstaunt, dass gerade die SP, die in der Schweiz hinter jeder Steueroptimierung Hinterziehungen und Betrug vermutet, für Staatsbetriebe andere Massstäbe ansetzt. Man muss sich aber auch fragen, warum sich die SP und die CVP Sorgen über einen Verkauf der Swisscom ins Ausland machen, nachdem deren Kernstücke schon in ausländische Hände übergegangen sind. Warum haben sie anlässlich dieser Transaktionen nicht interveniert? Das Gleich gilt auch für die sicherheitspolitischen Aspekte. Warum hat die entsprechende Kommission nicht damals interveniert, als die Netze nach Übersee verkauft wurden? Hat man diese Transaktion verschlafen oder fehlte einfach der Sachverstand?
- **Swisscom** den Lohn des ehemaligen CEO, Jens Alder, in seinem letzten Aktivjahr noch von CHF 1,4 Mio. auf 1,6 Mio. erhöhte? Die übrigen Manager verdienen im Durchschnitt über CHF 900'000 und selbst der im Nebenamt tätige VR Präsident Markus Rauh kassierte 2005 ein Honorar von über CHF 500'000. Seit der Publikation der entsprechenden Zahlen ab dem Jahre 2000, d.h. in den letzten sieben Jahren haben der CEO bzw. VR-Präsident CHF 9,1 Mio. bzw. CHF 2,5 Mio. abkassiert. Wahrlich stolze Honorare für Staatsbetriebe und Teilzeitjobs! Die übrigen nicht-exekutiven Verwaltungsräte erhielten 2005 für ihre 14 Sitzungen eine Vergütung von durchschnittlich CHF 186'000. Seit der GV 2006 sitzt ein weiterer Gewerkschaftsvertreter an diesem Futtertopf. Es ist unverständlich, warum der Bundesrat Herrn Hugo Gerber, seit 2003 Präsident der Gewerkschaft Transfair, als Personalvertreter in den VR vorschlug, nachdem sich dieser gegen die Privatisierungspläne des Bundesrates und gegen die Swisscom Leitung stellt, die einer solchen konstruktiv gegenübersteht. Die Sorge um persönliche Gewerkschafterpründe dürfte beim

Widerstand der Gewerkschaften gegen die Privatisierung durchaus eine gewichtige Rolle spielen.

- **Swisscom** für ihre Mitarbeiter Abgangsentschädigungen vorsieht, die in der Privatwirtschaft ihresgleichen suchen. So ist im Sozialplan 2006 vorgesehen, dass schwer vermittelbare Mitarbeiter ab 50 mit wenigstens 15 Dienstjahren Lohnzahlungen während maximal weiterer 43 Monate (das sind mehr als 3½ Jahre) erhalten. Offensichtlich kann man sich derartige Grosszügigkeiten leisten, nachdem die Pensionskasse anlässlich der Publikumsöffnung vom Bund saniert wurde. Noch im Dezember 1997, d.h. im Jahr vor der Privatisierung wies die Swisscom PK eine Unterdeckung von CHF 2,2 Mrd. auf. Der Bund übernahm nicht nur die Deckung der Finanzierungslücke, sondern stimmte gleichzeitig sogar noch einer Leistungsverbesserung für die Aktiven zu, die zu einer Erhöhung der Vorsorgeverpflichtungen in Höhe von CHF 297 Mio. führte. Auf den 31.12.1998 übernahm der Bund bzw. die heutige Publica mehrheitlich den auf die Pensionierten entfallenden Anteil der Vorsorgeverpflichtungen. Noch heute (Ende 2004) befinden sich unter den 43'943 Publica Rentnerinnen und Rentner 8442 Swisscom Pensionierte, was über 19% des Bestandes entspricht. Die in den Jahren 2001-2003 erlittenen Börsenverluste auf den entsprechenden Alterskapitalien mussten denn auch vollumfänglich von den Steuerzahlern übernommen werden. Die durchschnittlichen Personalkosten der Swisscom belaufen sich auf CHF 140'000, womit nicht nur der durchschnittliche Personalaufwand pro Kopf des Bundes (CHF 130'000) sondern auch jener der 120 grössten kotierten Schweizer Gesellschaften (CHF 107'000) übertroffen wird.
- **Swisscom** in den letzten Jahren auf ihren Beteiligungen im Ausland über CHF 4 Mrd. Geld verloren hat und niemand dafür die Verantwortung bzw. die Konsequenzen zu tragen hatte. Auch für das verlustreiche CHF 100 Mio.-Engagement der Swisscom an der Swiss, hatte bisher noch niemand die Verantwortung zu tragen, obwohl weder der Leistungsauftrag des Bundes noch die Gesellschaftsstatuten eine solche Beteiligungsnahme zulassen.
- **Swisscom** anlässlich des Teilverkaufs der Swisscom Mobile AG an die Vodafone eine Verpflichtung eingegangen ist, diesen Anteil wieder zurückzukaufen, falls ein neuer Mehrheitsaktionär die Kontrolle über Swisscom übernimmt. Selbst wenn sich bei einer Publikumsplatzierung keine neuen Mehrheitsverhältnisse ergeben, wird Swisscom Rückstellungen in Höhe von rund CHF 4 Mrd. für diesen möglichen Fall tätigen müssen.
- **Swisscom** bzw. gegen ihr Management wegen Verdacht auf Insider Handel von der SWX (Schweizer Börse) am 6. April 2005 ein Verfahren (Offenlegung von Management-Transaktionen) eingeleitet wurde und die Swisscom eine Weko-Klage am Hals hat, die eine Busse von CHF 489 Mio. vorsieht. Konkret wirft das Sekretariat der Weko in ihrem Sanktionsentwurf der Swisscom Mobile überhöhte Terminierungsgebühren vor. Diese stellt ein Mobilnetzbetreiber einem anderen Anbieter für die Durchstellung eines Anrufs in sein Netz in Rechnung. Die angedrohte Busse beläuft sich auf knapp ein Viertel des Konzerngewinns des Jahrs 2005 von CHF 2 Mrd.

**Fazit: All diese finanziellen Risiken und Machenschaften müssen letztlich von den Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern getragen werden, denn in Krisensituationen kann der Staat seine Beteiligung nicht verkaufen, sondern er wird aus politischen und „moralischen“ Gründen gezwungen sein, Notfinanzierungen mitzutragen, so wie dies bei der Swissair der Fall war.**